

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Helfende Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierteljährlich 2 Mk. ohne Zusatzen. — Einzelne Nummern 20 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindevorstands-Kontokonto Nr. 3. — Postkontokonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die sechsgehaltene Pettizelle 50 Pf., außerhalb der Amtshauptmannschaft 75 Pf., im amtlichen Zell (nur von Behörden) die Zelle 200 Pf. — Einzelanfertigung und Reklamen 200 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 32

Dienstag den 8. Februar 1921

87. Jahrgang

Griech für Wöchnerinnen.

Für den Bezirk der Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde wird folgendes bestimmt: Auf Antrag erhält jede Wöchnerin sofort nach der Entbindung einmalig 1 Pfund Griech zum jeweiligen Verkaufspreise. Der Antrag ist bei der Ortsbehörde zu stellen, die eine Bescheinigung erteilt. Aus der Bescheinigung muß hervorgehen, daß der Griech für Wöchnerinnen ist. Bescheinigungen von Hebammen sind nicht gültig. Nr. 48 a/21 Br. Der Kommunalverband Dippoldiswalde, am 3. 2. 21.

Herr Bürgermeister Herrmann hier ist von der Amtshauptmannschaft Dresden als Standesbeamter für den zusammengefügten Standesamtsbezirk Dippoldiswalde bestellt und heute als solcher in Pflicht genommen worden. Dippoldiswalde, am 5. Februar 1921. Der Stadtrat.

Brennspiritus-Markenausgabe

Dienstag, den 8. 2. vormittags von 11—1/2 12 Uhr im Rathaus, Zimmer Nr. 14, Buchstabe S-Z und A-D. Stadtrat Dippoldiswalde.

Vertikales und Sächsisches.

Dippoldiswalde. Auf Einladung der Deutschen Volkspartei hatten sich am Sonntag im Reichstronsaal deutsche Frauen und Männer zu einer Protestversammlung gegen die unerhörten neuen Forderungen der Entente zusammengefunden. Herr Oberstudienrat Ingenieur Meller blieb die Erschienenen namens der Ortsgruppe der Deutschen Volkspartei willkommen und wies auf Veranlassung und Zweck der Versammlung hin, gelte es doch auch, die Reichsregierung in ihren Entschlüssen zu einem entschiedenen „Nein“ zu sagen. Nachdem er Herrn Regierungs-Baummeister Hartwig, Dresden das Wort. Unerhörtes habe das deutsche Volk in den Kriegsjahren ertragen, unerhörte Leiden seit der Revolution gefühlt, Unerhörtes habe der Frieden von Versailles gebracht, unerhört seien die Forderungen des Pariser Diktats. Zum Geßpött der ganzen Welt ertrage das deutsche Volk tiefste Demütigungen, seine Rechte würden mit Füßen getreten. Freilich trage es auch ein Teil Schuld an der Größe des Zusammenbruchs, da es sich auf Gnade und Ungnade dem Feinde ergeben, den Versprechungen der Entente geglaubt habe. Friede sei geschlossen auf Grund der 14 Punkte Wilsons. Sie gestanden zu: Freiheit der Meere, man habe unseren Handel unterbunden, keine Kriegsentfesselung, man fordere ungeheure Summen, Selbstbestimmungsrecht der Völker, man habe Elend, Elend von Deutschland gestiftet, verweigere den Anschluß Österreichs ans Deutsche Reich, verleihe neuerdings uns auch Oberkloster zu entziehen, nicht der Gerechtigkeit wegen, sondern um unserer Wirtschaft den Todesstoß zu versetzen. Statt sich aber aufzubäumen gegen diese Gewalt, ermuntere das deutsche Volk seine Feinde nach dem Kampf im Innern, zwar diesmal nicht ein Kampf Deutscher gegen Deutsche, sondern Kampf National- und International-Gewinnler. Die deutsche Einigkeit müsse restlos hergestellt werden; sie vermöge viel, sehr viel. Das habe das einige Verhalten bei der Auslieferung der „Kriegsverbrecher“ bewiesen. Dem deutschen Volk habe sich die Entente gefügt. Statt daran zu lernen, peitsche man aber immer wieder die Massen auf und predige Klassenhaß, spiele die Diktatur der Straße gegen das Schicksal aus. Soli das deutsche Volk wieder empor geführt werden, dann müßten wir zuerst den Klassenhaß beseitigen. Wir dürfen stolz sein, die Einigkeit aus dem Zusammenbruch gerettet zu haben. An Anechtlichkeit trage das Volk gemeinsam, je granatamer sie sei, desto eher werde Verdröhnung an Stelle des Klassenhaßes treten. Die Vergeltung, die 1914 unser ganzes Volk ergriß, möge ein Hoffnungsgebild für die Zukunft sein. Kein Volk von solcher Größe könne untergehen; wir müßten aber auch die Gleichgültigkeit beseitigen, unsere Jugend erzühen zur Liebe am Vaterlande. Einzelne Vertrauenslosigkeit, andererseits die Hoffnung, daß die Besinnung bei unseren Feinden lege habe uns in die jetzige Lage geführt. Der Waffenstillstand sei ein Bruch der 14 Punkte Wilsons gewesen, der Frieden von Versailles ein Bruch der Waffenstillstandsbedingungen und das Pariser Diktat breche die Friedensbedingungen, das der Redner dann im Hinblick auf Artikel 233 näher erläuterte, insbesondere wie dort nur von Wiedergutmachung und einer Dauer von 30 Jahren gesprochen werde, während jetzt Kriegsentfesselung in 42 Jahresraten gefordert werde. Man könne das Verhalten der Franzosen nur mit dem eines Wankers vergleichen. Diese Forderungen machten einen neuen Woffengang unvermeidlich. Hätten wir Waffen, wir müßten morgen schon in den Krieg ziehen. Würden wir das Pariser Diktat annehmen, gingen wir zu Grunde, gehe Deutschland unter, so gehe auch die ganze Welt zu Grunde. Hier gebe es keine Ueberlegung. Man schreite die Franzosen ein, könne es uns auch nicht schlechter ergehen, sagten wir aber geschlossen „Nein“, dann werde die Entente wie feinerzelt ihren Willen sicher nicht durchzuführen. Viele und darunter die besten deutschen Männer hätten wir ins Grab geholt, viele deutsche Städte, das deutsche Herz, die deutsche Kaiserkrone verloren, die Einigkeit sei gerettet, es sei unser aller Pflicht, Einheit und Einigkeit ins Volk zu tragen. Im Hinblick darauf schlage er folgende Resolution zur Annahme vor:

Die am 6. Februar in der Reichstrone in Dippoldiswalde versammelten deutschen Männer und Frauen erklärten, durchdrungen von dem bitteren Ernst der durch das neue Diktat der Feinde geschaffenen Lage, daß diese neuen Zumutungen unannehmbar für das deutsche Volk sind. Diese Forderungen gehen weit über diejenigen des Schanddiktats von Versailles hinaus und würden dazu führen, daß das gesamte deutsche Volk dem Untergang geweiht wäre und daß insbesondere das französische Volk sich auf Kosten des deutschen Volkes dem Nichtsein und Wohlleben hingeben würde. Ehe die Abstimmung in Oberkloster nicht vorüber und in für Deutschland günstigem Sinne ausgefallen ist, läßt sich überhaupt nicht über die Höhe der Entschädigungen reden.

Wir erwarten von der Reichsregierung in voller Erkenntnis der Tragweite ihres Entschlusses, daß sie den ungeheuerlichen Forderungen ein entschiedenes „Nein“ entgegensetzt und haben das Vertrauen, daß die Reichsregierung das Ihrige tun wird, um dem deutschen Volke die ihm noch verbliebenen kümmerlichen Reste seiner inneren Freiheit zu erhalten.

Mit dem Appell, zu erkennen, daß dem deutschen Volke wieder einmal die Schicksalsstunde schlägt, aufzuwachen aus der Gleichgültigkeit, einig und fest zusammenzustehen, schloß Herr Hartwig seine Ausführungen. Der Versammlungsleiter, Herr Oberstudienrat Ingenieur Meller, wies nochmals auf den Vertragsbruch und die unerhörten Forderungen des Pariser Diktats hin und empfahl Annahme der Resolution, was einstimmig geschah. Nach dem Gesange des deutschen Schutz- und Trutliedes und einem dreifachen Hoch aufs deutsche Vaterland ging die Versammlung auseinander.

Die Landes-Kollekte für den Allgemeinen Kirchenfonds, gesammelt im Silvester Gottesdienst, 31. Dezember 1920, hat in dieser Epochen 1574.85 M. ergeben, und zwar in Dippoldiswalde 140.—, Wittenberg 21.—, Zinnwald-Georgenfeld 15.—, Bärenstein 32.—, Börnersdorf 30.—, Breitenau 8.—, Bursersdorf 9.—, Dittersbach 20.—, Dittersdorf 20.—, Döbra 15.—, Frauenstein 43.—, Fürstenaue 5.40, Fürstenaue 3.50, Geising 45.—, Glasbütte 79.—, Hartmannsdorf 6.50, Hengersdorf 24.—, Schönfeld 10.—, Hermersdorf 15.—, Höddendorf 18.—, Johansbach 21.—, Kreischa 50.—, Lauenstein 8.—, Liebenau 20.—, Rastau 27.—, Delsa 60.—, Pölsendorf 25.—, Prieschendorf 48.—, Reichenberg 60.—, Reichstädt 50.—, Reinhardtsgrünna 15.—, Ruppendorf 11.—, Saldsdorf 37.—, Schellerhan 30.—, Oberbärenburg 300.—, Schmiedeberg 130.—, Rippsdorf 83.45, Seifersdorf 40.—, Marx.

Die Einleitung zum diesjährigen Spiel-Betrieb des Turnvereins Dippoldiswalde (D. T.) bildeten am gestrigen Sonntag vormittags 2 Gesellschafter in Faustball mit der Mannschaft der „Christlichen Vereinigung junger Männer“, Dresden auf dem Turmplatz der Au. Das 1. Spiel ging recht flott, es endete für Dresden mit nur einem Ueberpunkt: 64:65. Im 2. Spiel zeigte sich unsere Dippoldiswalder Mannschaft als besser eingeleitet. Resultat 47:66 für Dippoldiswalde. Es ist dies ein ersterlicher Anfang für das neue Spieljahr. Hoffentlich wird dadurch die Lust zur Beteiligung bei den anderen Mitgliedern geweckt.

Wie abzuwarten, soll auch in unserer Stadt eine Hausammlung für die Grenzspende Oberkloster veranstaltet werden. Es ist dafür ein Tag in der kommenden Woche in Aussicht genommen und ergeht an Damen und Herren aus allen Kreisen selten der Stadtvorstellung die Bitte, um Unterstützung beim Sammelwerke. Solcher Damen und Herren aller Stände, die sich der Sammelstätigkeit unterziehen wollen, werden gebeten, sich Mittwoch, 9. Februar, nachmittags 4 Uhr zu einer Besprechung im Ratsitzungs-zimmer einzufinden.

Rippsdorf. Freitag abend hatte sich der Erzgebirgsverein zu einem gefälligen Beisammensein in der „Telefonie“ eingefunden. „Ei das war feil!“ Wie harmlos gemächlich waren sie alle zusammen, die bekannten Gestalten aus dem Erzgebirge. Die lustige Botenfrau mit dem Kopf voll Vaterland und Keuschheit, die hellere Klammere mit ihrer gemächlichen

Kochmehl

Kann von den Bezugsberechtigten in sämtlichen Verkaufsstellen abgeholt werden. Stadtrat Dippoldiswalde.

Jugendstuden usw. usw. Dorfmusikanten hatten sich eingestellt, sobald sich Fiedel und Brummhag rührten, drehten sich Männlein und Weiblein gemächlich im Tange. Geistergestalt war trotz Schumann Puffes martialischem Schanzel eingeklappt, wie das halt so zum Erzgebirge gehört, Rixen und Frauen, sie hielten feste in ihrem Besten, wenn Schlingel Armer unter die adnunglos Tangenden heimlich seine Pfeife schob. — Ja, das war feil — O jagewobenes, waldumraushtes Erzgebirge, liebe, schöne Heimat! Wahre keine schlichten Sitten, keinen Zauber, daß daran gesunde, was wirz und krant im armen Vaterlande.

Rippsdorf. Auf dem Bahnhof Dresden-Plauen erschloß sich Donnerstag der 30 Jahre alte Geschäftsfeldende Paul Cothen, aus dem Rheinlande gebürtig. Cothen hatte hier einem Keller eine Briefstache mit einer größeren Summe Inhalt gestohlen. Die Gendarmerteil Sainsberg verständigte die Polizei telephonisch. In dem Augenblick, als der Dieb auf dem Bahnhof abgefaßt werden sollte, schoß er sich eine Kugel in die Schläfe, die seinen sofortigen Tod herbeiführte. Cothen war sehr gut geliebt. In seinem Besitze befanden sich eine Briefstache mit etwa 2000 M., ein Dolch, eine Pistole, reichlich Munition und ein Hund nachschlüssel, hauptsächlich zu Geldstrafen passend.

Wittenberg. Die Bezirksgruppe Pirna des Sächsischen Gemeindevorstandes beschloß in ihrer von 250 Mitgliedern besetzten letzten Hauptversammlung auf Antrag des Herrn Bürgermeister Faust einstimmig, die nächste Hauptversammlung in Wittenberg und zwar im Sommer dieses Jahres stattfinden zu lassen.

Grasbilla. Der Umbau des Gemeindegutes, der mit 48000 M. veranschlagt war, kostet rund 100000 M. — Die Finanzübersicht zeigt einen ungedeckten Fehlbetrag von 66000 M. — Die Hundsteuer wird auf 25 M. für den ersten und 50 M. für den zweiten Hund festgesetzt.

Glasbütte. Die Glasbütter Industrie wird am 1. April um einen neuen Produktionszweig bereichert. An diesem Tage beginnt der Buchstabe Betrieb mit dem Bau von Werkzeugen aller Art, insbesondere feinerer Werkzeuge für Uhrmacher und Feinmechaniker, für die dauernd starke Nachfrage ist. Herr Buchstabe hat für die Erweiterung und Ausgestaltung seines Betriebes Herrn Fachlehrer Hengelmann, der am 31. März aus dem Lehrkollegium der Deutschen Uhrmacherschule auscheidet, gewonnen.

Dresden. (Stadtrat) Protestversammlungen gegen das neue Pariser Diktat fanden am gestrigen Sonntag in Dresden und Umgebung statt, davon allein 6 von der sozialdemokratischen Partei. Alle gefaßten Resolutionen sprachen auf das entschiedenste für die Ablehnung des Diktats.

Fißha. Menschen, die vor dem Heiligen keine Scheu haben, sind durch das Sakristeienfenster in die hiesige Kirche eingebrochen, haben die Bibel aus dem Bücherregal genommen, sie vor dem Altar zerrissen, das Kreuzifix herabgeschleudert, die Altardecke zerrissen, einen Stuhl ruiniert, und die gläsernen Beuchter auf den Friedhof hinausgetragen. Im Abzuge ist weder etwas verlegt noch gestohlen worden.

Simbach. Wie dem „O. T.“ mitgeteilt wird, hat die Gendarmerteil den Bruder des ermordeten Gutbesizers Hellmann, den Wirtschaftsgeliffen Louis Hellmann, und ferner den Schwager des Ermordeten, den Schleferbeder Hell in Röhlan, unter dem dringenden Verdacht der Anstiftung und Beihilfe in Haft genommen.

Sichtenstein-Cainberg. Unter dem dringenden Verdacht, am 30. November vorigen Jahres die Dorfschulthe Scheune in St. Egidien in Brand gesetzt zu haben, wurde der aus Sichtenstein stammende Kaufmännler Erwin Spiegelbauer verhaftet.

Saubere Bistenkarten liefert Carl Jehne.

Vorbereitungen für London.

Ministerkonferenz in Berlin.
Die Vorbereitungen für die Londoner Konferenz sind in vollem Gange. Sonnabend vormittag begann in der Reichskanzlei die Konferenz zwischen der Reichsregierung und den nach Berlin eingeladenen Ministerpräsidenten sämtlicher deutschen Bundesstaaten. Den Vorsitz führt Reichskanzler Fehrenbach. Neben den Ministerpräsidenten werden auch der Reichspräsident und sämtliche Reichsminister der Konferenz beizuhören. Beratungsgegenstand ist die Note der Alliierten in ihrer Gesamtheit. Demnach wird sowohl die Entwaffnungsforderung als auch die Entschädigungsfrage besprochen. Außenminister Simons erstattet Bericht über die durch die Pariser Beschlüsse geschaffene Lage, besonders soweit durch sie die Einzelstaaten berührt werden. Alsdann wird das Aktionsprogramm für die bevorstehenden Verhandlungen mit den Alliierten genau festgelegt worden. Wie der „Berliner Volksanzeiger“ erzählt, vertritt die Reichsregierung die Ansicht, daß beide Noten gesondert beraten werden müssen. Im Gegenzug hierzu befindet sich der bayerische Ministerpräsident von Kahr. Er ist der Meinung, daß die Entwaffnungsnote nicht von der Reparationsnote getrennt werden kann, und daß beide Noten als Ganzes behandelt werden müssen. Er hat von seiner Regierung die Instruktion erhalten, gegen die Noten in ihrer Gesamtheit zu protestieren. Die bayerische Regierung weist auch die Entwaffnungsfrage zurück. Reichspräsident Ebert empfing am Vormittag den Staatssekretär Bergmann, der ihm über seine Verhandlungen in Brüssel und Paris eingehenden Bericht erstattete.

Die Ententebotschafter im Auswärtigen Amt.
Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons hat Freitag mittag den Besuch des englischen Botschafters Lord d'Abernon empfangen. Auch der französische Botschafter Laurent, der am Sonnabend nach Paris abgereist ist, hat dem Minister einen Besuch abgestattet. Beide Botschafter haben bekanntlich an der Pariser Ministerkonferenz teilgenommen.

Die Einladung nach London.
Anlässlich seines Besuchs bei Minister Simons hat der französische Botschafter im Auftrag des Präsidenten der Pariser Konferenz mündlich die Einladung übermitteln, am 1. März delegierte nach London zu senden. Minister Dr. Simons hat sich die Antwort vorbehalten.

Reichsminister Simons bleibt fest.
In einer Unterredung mit dem Vertreter der Reichs-Presse erklärte der Außenminister Simons, daß er nicht länger im Amt bleiben werde, wenn die deutsche Regierung auch nur ein Wort von der Erklärung abweicht, die er im Reichstage in ihrem Namen abgegeben habe, daß nämlich die Pariser Beschlüsse für Deutschland unannehmbar sind. Auf die Frage, was geschehen würde, wenn die Alliierten die Zwangsmaßnahmen ergreifen, erwiderte Simons: „Dann müssen wir eben für einige Zeit leiden und das Leid ertragen.“ Schließlich bestätigte der Minister, daß er sein Rücktrittsgesuch zurückgenommen habe, weil das gesamte Kabinett sich mit ihm solidarisch erklärt habe.

Sardien gegen Briand.

Scharfe Kritik in der französischen Kammer.
Die französische Regierungserklärung über die Pariser Abmachungen hat in der Kammer äußerst kühl Aufnahme gefunden. Im Verlauf seiner Rede ließ Sardieu Besfallszeichen aus, während die überaus heftige Kritik des Nationalisten Sardieu von der Kammer nicht mit ostentativem Beifall aufgenommen wurde; ein deutliches Zeichen dafür, wie wenig das Parlament mit den „Erfolgen“ Briands auf der Pariser Konferenz zufrieden ist.

Sardiens Forderungen gehen selbstverständlich noch weit über die Pariser Beschlüsse hinaus. Er führte lebhafteste Klage darüber, daß die Forderungen Frankreichs durch das Abkommen um 71 Milliarden Goldmark herabgesetzt seien an Stelle von 212 Milliarden, die es zu verlangen habe. Der zweite Vorwurf Sardieus richtet sich dagegen, daß Briand bei den Verhandlungen mit den Alliierten keine „Verbesserungen“ des Versailler Vertrages und keine neuen Garantien erzielt habe. Man hätte

ein allgemeines Pfand auf den gesamten Besitz Deutschlands nehmen müssen; man hätte das Budget, die Finanzen, den deutschen Handel genau kontrollieren und woher die Jahresraten im ungefähren Betrag von 4 Milliarden Goldmark verlangen müssen. Sardieu beschwor das Parlament, der französischen Regierung klar zu sagen, — damit die englische Regierung es auch wisse —, daß das Gefühl des Landes keine Konzessionen mehr dulde. Er betonte seine Rede mit der Aufforderung an die Kammer, ihren Willen dahin kundzugeben, daß sie das Abkommen von Paris nicht annehme und die Wiederaufnahme der Verhandlungen wünsche.

Briand vert.igt sich.
Nach Sardieu bestieg Briand die Tribüne und sagte, daß er sich freuen habe, als er hörte, Sardieu wolle interpellieren, da Sardieu ein Mitarbeiter des Versailler Vertrages gewesen sei. Sardieu konnte also ganz die Fehler und die Schwächen dieses Vertrages und man dürfte wohl hoffen, daß dieser Mann eine Rache (1) zeigen würde für denjenigen, der die Ausführung des Vertrages verwirklichte. Sardieu habe aber bloß kritisiert. Gewiß binde das Abkommen von Paris nicht die Kammer. Die Kammer habe also das Recht, die Revision zu verlangen.

Briand verteidigte dann in längeren Ausführungen die Haltung der Regierung auf der Konferenz. Während der Friedensvertrag von Versailles nur Jölle auf gewisse Produkte vorsehe, handele es sich jetzt um allgemeine Jölle und um die Jölkontrolle im Rheinland. Heute besinde man sich einer Gesamtheit von Zwangsmaßnahmen gegenüber, die in die

erweiterung treten würden, wenn Deutschland in der Entwaffnungsfrage oder in der Frage der Zahlungen in Verzug gerate. Die Kammer müsse entscheiden, ob das ein beträchtliches Ergebnis sei. Man habe Deutschland die Zwangsmaßnahmen nicht notifiziert, weil sie eine Angelegenheit der Alliierten seien und Deutschland nichts angingen.

Es habe sie nicht zu diskutieren. Wenn nach dem Abkommen von Paris die Deutschen seiner Ausführung Hindernisse entgegensetzten, dann werde die jetzige Regierung ihre Pflicht erfüllen, und die Kammer könne sicher sein, daß das mit aller erforderlichen Strenge geschehe.

Die jetzige Regierung habe das Möglichste getan. In allen Fragen habe sie Befriedigung erhalten. Jetzt gehe sie nach London. Er könne aber nicht dorthin gehen, ohne die Autorität zu haben, im Namen Frankreichs zu sprechen.

Ostpreußen und der Korridor.

Dr. Cremer, M. d. R.

Durch die Abtrennung Ostpreußens vom Reich ist die Provinz in ihren Verkehrsbeziehungen zu Deutschland in die Stellung einer Kolonie gebracht worden und daraus ergibt sich eine erhebliche Erschwerung und Verteuerung sowohl für den Personenverkehr wie für den Güterverkehr zwischen dem Reich und Ostpreußen. Die Provinz Ostpreußen ist durch ihre abgetrennte Lage zwar in allen Richtungen Mitträgerin der Lasten des Deutschen Reiches geblieben, kann dagegen an den Vorteilen der Zugehörigkeit zu einem großen geschlossenen nationalen und wirtschaftlichen Gebiete nur noch in beschränktem Umfang teilnehmen. Die Folge der augenblicklichen Verhältnisse ist die von landwirtschaftlicher Seite bereits öffentlich erörterte Verteuerung der Produktionsbedingungen und auf der anderen Seite die Erschwerung des Absatzes der ostpreußischen Produktion nach seinem früheren natürlichen Absatzgebiet im übrigen Deutschen Reich.

Eine Abhilfe kann nur geschaffen werden, wenn die künstlich unterbrochenen Verkehrsglieder zwischen dem Reich und Ostpreußen für die Dauer des Bestehens des polnischen Korridors ihren Ersatz finden. Ebenso wie das Reich unter früheren Verhältnissen für den Personen- und Güterverkehr mit seinen überseeischen Kolonien gewisse Opfer durch die Einrichtung regelmäßiger Dampferverbindungen gebracht hat, um dadurch diese Glieder des Reiches näher an sich heranzuziehen, wird auch für Ostpreußen eine dichtere Veranbindung an das Reichswirtschaftsgebiet um die Breite des polnischen Korridors das beste Mittel sein, den Stillstand der wirtschaftlichen Entwicklung und das Erkalten der kulturellen Beziehungen zum Reich zu verhindern.

Wenn das Reich sich dazu entschliesse, neben den Dampferlinien zwischen Königsberg und Stettin, die naturgemäß nur einen geringen Teil des Verkehrs in sich aufnehmen können, die Frachtförderung zwischen dem Reich und Ostpreußen um die Breite des polnischen Korridors zu kürzen, so würde dadurch der Personen- und Güterverkehr um die Kosten des Transports von Königsberg bis Marienburg verbilligt werden und hierdurch eine Annäherung der Produktionsbedingungen Ostpreußens an das Reich herbeigeführt werden, daß Ostpreußen eisenbahnpolitisch gedacht unmittelbar an das übrige Reichsgebiet angrenzen würde. Die Kosten, welche für den Reiseweg von Personen und Gütern durch den Korridor entstehen, würden zu Lasten des Reiches zu gehen haben und könnten etwa in der Weise aufgebracht werden, daß auf den gesamten Personen- und Güterverkehr des Reiches ein sogenannter Ostpreußen-Pfennig als Zuschlag erhoben würde.

Da der Bestandsstand des Weges durch den polnischen Korridor nur eine untergeordnete Rolle im Verhältnis zu den entstehenden Selbstkosten spielt, so würde diese Maßregel den Erfolg haben, daß die kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Reich und Ostpreußen in gleicher Weise wie vor dem Verluste des Korridors gepflegt werden könnten und somit die Entfremdung zwischen dem Reich und Ostpreußen vermieden wird, die eine Folge der räumlichen Trennung zwischen dem Reich und Ostpreußen werden könnte. Es wird die Aufgabe der Reichsregierung und der gesetzgebenden Körperschaften sein, rechtzeitig das hier angeschnittene Problem zu klären und damit praktisch wirksame Schritte für die schwergeprüfte und durch die Volksabstimmung des letzten Sommers in ihrem Deutschbewußtsein rühmlich bewährte Provinz Ostpreußen zu tun.

Das Reichsmietengesetz.

Festsetzung einer gesetzlichen Miete.

Die Reichsregierung hat dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat und dem Reichstag den Entwurf eines Reichsmietengesetzes zugehen lassen.

Der Entwurf gibt unter grundsätzlicher Aufrechterhaltung der Zwangswirtschaft auf dem Gebiete des Wohnungswesens feste Regeln für die Berechnung einer gesetzlichen Miete. Jeder Vertrag kann sich jederzeit auf die gesetzliche Miete berufen und dadurch bewirken, daß sie vom nächstzulässigen Kündigungstermin ab, bei grober Unbilligkeit auch schon früher, an die Stelle der vereinbarten Miete tritt. Für die Berechnung der gesetzlichen Miete wird von der im Juli 1914 vereinbarten Miete (Friedensmiete) ausgegangen. Eine Steigerung dieser Miete darf nur insofern erfolgen, als sie durch erhöhte Betriebs- und Instandsetzungsstellen notwendig geworden ist. Die danach zulässigen Zuschläge zur Friedensmiete sollen von der obersten Landesbehörde oder von der Gemeindebehörde in Hundertsätzen der Friedensmiete allgemein festgesetzt werden.

Um die Ausführung notwendiger Instandsetzungsarbeiten zu sichern, wird dem Mieter das Recht eingeräumt, die Entscheidung einer unparteiischen Stelle anzurufen, die unter Umständen die Durchführung ihrer Anordnungen erzwingen kann.

Auch die Vornahme grober Instandsetzungsarbeiten darf eine unbillige Steigerung der Mieten nicht zur Folge haben. Durch Vertiefung der

Kosten auf eine längere Reihe von Jahren sollen die Mieter davor geschützt werden, größere Mehrbeträge auf einmal zahlen zu müssen; andererseits soll eine Ansammlung von Geldern in öffentlichen Kassen es dem Vermieter ermöglichen, die für große Instandsetzungsarbeiten erforderlichen Mittel zum Abschluß zu erhalten.

Der Entwurf bringt ferner Vorschriften über die Tätigkeit von Mietervertretungen, die dem Mieter zur Seite stehen sollen und denen in gewissen Fällen neben und anstelle des Mieters Antrags- und Ausschüßrechte eingeräumt werden. Ueber die Kosten für Sammelheizung und Warmwasserbereitung und über die Berechnung der Miete im Falle der Untervermietung sind besondere Bestimmungen getroffen. Neubauten sollen regelmäßig den Vorschriften des Entwurfs nicht unterliegen, da hierdurch der Anreiz zur Bautätigkeit verringert werden könnte.

Politische Rundschau.

Berlin, den 7. Februar 1921.

Der Reichstag hat sich bis zum 23. Februar vertagt.

Der badische Landtag hat den sozialdemokratischen Stadtrat von Freiburg i. Br., Wilhelm Engler, zum Arbeitsminister gewählt.

Ueber drei Billionen Papiermark sollen bei der Entente zahlen! Die neuen wahren Forderungen der „Siegreichen“ Entente sind das Werk brutaler Blindheit. Man überlege sich nur einmal alle die phantastischen Entschädigungsziffern! Die geforderten 42 Jahreszahlungen von 226 Milliarden Goldmark machen nach dem heutigen Goldstande eine Summe aus, die mehr als drei Billionen Papiermark betragen. Um diesen Betrag zu bezahlen, müßten je 20 Deutsche, vom Säugling bis zum Greis, während der kommenden 42 Jahre eine Million Papiermark aufbringen.

Die Wirkung des Pariser Diktats auf den Brotpreis. Im bayerischen Landtag erklärte Landwirtschaftsminister Wipplinger: Wenn das Unglück von Paris nicht gekommen wäre, so wären wir bei der günstigen Entwicklung unserer Salata imstande gewesen, Brotgetreide zu einem Preise einzuführen, der sich nicht nennenswert über dem Inlandspreis bewegt hätte. Die Folgen des Pariser Diktats auf den Ankauf ausländischen Brotgetreides und damit vielleicht auch auf den Brotpreis lassen sich noch nicht übersehen.

Wiedergutmachung und Kostenmangel. Im wirtschaftspolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrats wurde bei Besprechung eines Antrages Nichtsofen auf Freigabe der Einfuhr von Auslandskohle darauf hingewiesen, daß den Landwirten Kohlen zum Drusch und sogar zur Viehfütterung fehlen und die augenblicklichen Zustände einen weiteren Produktionsrückgang bedingen, der, durch Einfuhr ausgeglichener, mehr Devisen kosten würde, als eine Kohleneinfuhr heute. Die gleichfalls für den Antrag eintretenden Industrievertreter gingen von dem Gesichtspunkte aus, daß die Kohlenknappheit für die Industrie nach dem Abkommen von Spa groß und eine Kohlennot zu befürchten sei, so daß die Auslandskohle trotz ihres hohen Preises hereingelassen werden sollte, um die Volkbeschäftigung der Industrie zu erreichen, die andererseits Voraussetzung für die Erfüllung des Friedensvertrages ist. Der Ausschuss wird die dringliche Frage beschleunigt weiterberaten. — Auch im Reichstage ist eine deutliche nationale Anfrage eingegangen. Sie stellt fest, daß die elektrischen Ueberlandzentralen der Provinz Sachsen durch den Reichskohlenkommissar in den letzten Monaten so schlecht mit Kohlen versorgt worden sind, daß die angeschlossenen landwirtschaftlichen Betriebe nur einen kleinen Teil des vorhandenen Brotpretreides bisher ausdreschen konnten. Die Anfrage erkundigt sich, was die Regierung zur Änderung dieses unferer Lebensmittelversorgung schwer schädigenden Zustandes zu tun gedenkt.

Französische Vergünstigungspläne. Wie die „München-Augsburger Abendzeitung“ erzählt, hat die französische Regierung ihre Agenten in Deutschland angewiesen, regelmäßig über in Deutschland stattfindende Vergünstigungen und Festlichkeiten zu berichten. Man will offenbar Material dafür sammeln, daß, solange Deutschland noch Geld für Vergünstigungen habe, keinen Grund hat, sich den Forderungen der Pariser Beschlüsse zu entziehen.

Ein Zeichen beginnender Einsicht! Zwischen der deutschen und der englischen Regierung war ein Schiedsvertrag über die Auslegung einer Bestimmung des Friedensvertrages vereinbart worden. Es handelte sich um die Frage, ob britische Untertanen verlangen können, daß liquidierte Vermögensstoffe, soweit sie noch in etwa vorhanden sind, zurückgegeben werden müssen. Die deutsche Regierung begriffte dies, während die englische Regierung sich auf einen ablehnenden Standpunkt stellte. Jetzt hat England mitgeteilt, daß es auf den Schiedspruch verzichte und sich der deutschen Auffassung anschließe.

Steuerveranlassung Erzberger. Der Zentrum-Abgeordnete Andre hat im Reichstag eine kleine Anfrage eingebracht, in der er die Regierung um Aufschluß über den Stand der Steuerangelegenheit des Abg. Erzberger bittet. Gleichzeitig wird um Aufschluß gebeten, ob es richtig ist, daß die Unterfugung dieser Steuerangelegenheit schon mehr als ein Jahr dauert und warum die Hemmnisse zu suchen sind, daß diese Angelegenheit noch immer nicht zum Abschluß gekommen ist.

Kommunistenverhaftungen in Frankfurt a. M. Am Freitag vormittag verhaftete die Polizei 14 Personen, darunter einige Führer der kommunistischen Partei und ungeschlicher Kampforganisationen, und beschlagnahmte bei ihnen vorgeschundenes Material. Weitere Verhaftungen stehen bevor. — Am 14. Februar beginnt vor dem Sondergericht des Gruppenkommandos II in Kassel die Verhandlung gegen die fünf im Ruhegebiet verhafteten Führer der dort zu bildenden Roten Armee. Die Voruntersuchung ist ziemlich abgeschlossen und hat erheblich belastendes Material zutage gefördert, das zum großen Teil auf dem eigenen Geständnis der Angeklagten beruht.

Oberrhein im Schulunterricht. Das preussische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat jetzt einen Erlass herausgegeben, der bestimmt, daß in allen Schulen in gewissen Stunden auf die wirtschaftliche Bedeutung Oberrheins für die Versorgung Deutschlands mit Kohle, Zinn, Blei usw. hingewiesen wird. Ähnlich hat das bayerische Kultusministerium in einem Erlass bestimmt, daß in den Schulen auf die Bedeutung Oberrheins und auf die Wichtigkeit der Abstimmung hingewiesen wird. Auch wurde angeregt, Vortragsabende mit Gedichten und musikalischen Darbietungen zu veranstalten, zu denen die Eltern der Schüler eingeladen werden sollen. Ebenso soll in den Fortbildungsschulen über die Bedeutung Oberrheins gesprochen werden.

Frankreich wünscht die Beteiligung Amerikas. Obwohl die deutsche Regierung zu der Londoner Konferenz am 1. März offiziell eingeladen ist, will das Gericht von einer möglichen Vertagung der Verhandlungen nicht verkommen. Nach der „Chicago Tribune“ wünscht die französische Regierung selbst die Vertagung der Londoner Konferenz bis nach dem Amtsantritt des Präsidenten Harding am 4. März, um der neuen amerikanischen Regierung Gelegenheit zu geben, an der Konferenz teilzunehmen oder doch wenigstens ihre Auffassung gegenüber der von Deutschland zu zahlenden Entschädigungen zum Ausdruck zu bringen. Es wäre für die Amerikaner äußerst wichtig, zu wissen, welche Wirkung die Beschlüsse der Pariser Konferenz auf die amerikanische Handels- und Handelswelt haben wird.

Italien gegen den Ausfuhrzoll. Die Pariser Beschlüsse stoßen auch in der italienischen Kammer auf Widerspruch. Die Mitglieder des mit der Prüfung des Pariser Entschädigungsabkommens beauftragten Ausschusses haben sich einstimmig gegen die 12prozentige Besteuerung der deutschen Ausfuhr ausgesprochen. Italien würde mit seinem großen Bedarf an deutschen Waren einen großen Teil dieser Abgabe zu tragen haben, die dann überwiegend England und Frankreich zu gute kommen würde. Auch die Entschädigungsschiffern erscheinen zu hoch. Die italienische Presse ist im übrigen der Ansicht, daß die Beschlüsse der Pariser Konferenz nicht endgültig seien, wenn man überhaupt die Absicht habe, endlich einmal zu einem geordneten Friedenszustand zu gelangen.

Die Kommunisten-Verhaftungen in Paris. Die Polizei hat nach einer Kavabemessung eine Anzahl kommunistischer Maueranschläge, die sich an die Rekruten der Jahresschule 1921 wandten, entfernt und mehrere Personen, die die Fettel angeklebt hatten, verhaftet. Ebenso wurden einige Leute in Haft genommen, die Flugblätter des Bundes der kommunistischen und sozialistischen Jugend verteilt hatten. Die Verhaftungen dauern bei Kommunisten fort. Es sind noch einige Verhaftungen in Paris und in der Provinz vorgenommen worden.

Die Verhandlungen über die Einheitsfront gehen unangeführt weiter. Ende vergangener Woche hat eine Besprechung über die Frage innerhalb des Interfraktionellen Ausschusses der Regierungsparteien stattgefunden. Wie die „Deutsche Allg. Ztg.“ berichtet, ist übereinstimmend von den drei beteiligten Parteien zum Ausdruck gebracht worden, daß eine Erweiterung der Regierungsbasis nur nach rechts und links in Frage kommen könne. In dieser Beziehung herrsche unter den drei Regierungsparteien völlige Übereinstimmung. Man würde gewiß die Bereitwilligkeit der Deutschnationalen zu einer Verbreiterung der Regierungsbasis dankbar begrüßen, und es sei immerhin nicht ausgeschlossen, daß sich auf dieser Grundlage weitere Möglichkeiten für die Zukunft ergeben.

Reins deutsche Millionen werden nunmehr den Untersuchungsbehörden des Reichstages beschäftigt. Abg. Eduard Bernheim kündigt im „Vorwärts“ an, daß er gleich nach Wiederausammentritt des Reichstages beantragen werde, den Fall des zweiten Untersuchungs des Ausschusses zur Untersuchung der Entschädigung des Krieges behufs beschleunigter Erledigung zu überweisen und den Ausschuss für diese Angelegenheit um ein Mitglied der kommunistischen Fraktion zu erweitern. Der Ausschuss hat alle für die Feststellung des Tatbestandes erforderlichen Rechte, z. B. das der eidlichen Vernehmung von Personen. Bekanntlich wird behauptet, die deutsche Regierung habe während des Krieges aus militärischen Rücksichten die russische Revolution durch reichliche Geldmittel gefördert. Der jetzige Gewalthaber Lenin soll u. a. mehrere Millionen zu diesem Zwecke erhalten haben. In den Akten des Auswärtigen Amtes sind, wie Reichsminister Simons auf eine kommunistische Anfrage erwidert hat, keinerlei Angaben hierüber vorhanden.

Rundschau im Auslande.

Der Völkerbundrat wird Ende Februar in Genf zusammentreten.
Die belgische Kammer hat das Gesetz des achtundzwanzigsten Arbeitstages und des achtundzwanzigsten Arbeitstages genehmigt.
Bei dem letzten großen Empfang beim Präsidenten der französischen Republik war zum erstenmal seit dem Jahre 1905 der neue Erzbischof von Paris unter den geladenen Gästen erschienen.
Die bekannte französische Schauspielerin Sarah Bernhardt ist zum Offizier der Ehrenlegion ernannt worden.
Der frühere englische Ministerpräsident Asquith hielt eine Rede in Bathampton, in der er sich sehr kritisch über das Allierten-Abkommen von Paris und seine Wirksamkeit äußerte.
Die Regierung von Neu-Seeland hat zum erstenmal die Einführung aller kinematographischen Filme, welche Beschäfte, Morde und Selbstmorde darstellen, verboten.
In Belgrad sind sämtliche Maschinenschreinerinnen, die im Dienste des Parlaments standen, entlassen worden, weil sie sich zur Wahrung der amtlichen Verschwiegenheit als ungeeignet erwiesen haben.
50 Zollinspektoren sollen in New York wegen Verhinderung verhaftet worden sein.
Danzig: Der erste Streikfall zwischen Danzig und Polen.
Nach dem Abzug der alliierten Truppen aus Danzig im Dezember vorigen Jahres haben schon die Polen

die Kasernen im Danziger Hafen vorort Reu-Yahrwaasser mit Truppen besetzt, mit der Begründung, daß sie diese Truppen benötigten, um die Lebensmittellieferungen durch den Freihafen Danzig bewachen zu lassen. Die Regierung von Danzig besteht nun darauf, daß die Kasernen von polnischen Truppen geräumt werden muß. Denn nach den Vorschriften der Danziger-Polnischen Konvention darf das Gebiet des Danziger Freihafens nicht zur militärischen Vertheidigung eines Staates gemacht werden, und polnische Soldaten dürfen nur im Urlaubszustande unbewaffnet sich in Danzig aufhalten. Die polnische Regierung weigert sich jetzt, die Kasernen zu räumen, so daß der erste Streikfall zwischen der Danziger Regierung und den Polen gegeben ist. In einem solchen Falle schreibt die Konvention vor, daß der Oberkommissar des Völkerbundes um die Entscheidung anzusuchen ist, was nunmehr geschehen ist.

Amerika: Die Londoner Konferenz zwecklos ohne Amerika.

Jenseits des großen Ozeans herrscht großes Mißbehagen über die eigenmächtigen Beschlüsse der Pariser Konferenz, weil durch sie wesentliche Interessen des amerikanischen Volkes verletzt werden. Nach Ansicht der Washingtoner Regierung haben die Ententesaatsmänner sich durch die Erhebung eines Zolles auf die deutsche Ausfuhr und durch die Kontrolle der deutschen Anleihen außerhalb des Friedensvertrages gestellt. Außerdem ist Amerika nicht willens, sich die Unterbindung seines Handels mit Deutschland gefallen zu lassen. Auch will es nicht durch ein Dekret, das ohne jede Rücksprache mit ihm angenommen wurde, gezwungen werden, die Schulden Deutschlands zu zahlen, indem es deutsche Waren kauft und dann so den 12prozentigen Zoll entrichtet. — Aus alledem zieht der Pariser Berichterstatter der „Westminster Gazette“ den Schluß, daß eine endgültige Entscheidung dieser Fragen erst getroffen werden könne, wenn der neue amerikanische Präsident am 4. März sein Amt angetreten und seine Politik dargelegt habe. Daher würde die geplante Londoner Konferenz am 28. Februar vollkommen zwecklos sein.

Aus Stadt und Land.

Vom Krankenlager der Kaiserin. Der jüngste ärztliche Bericht über das Befinden der Kaiserin lautet: „Vermehrte Unruhe und zeitweilig auftretende Depressionen bilden die zurzeit am meisten hervorstechenden Symptome. Während aber die äußeren Krankheitserscheinungen einem häufigen Wechsel unterworfen sind, bleibt der Zustand im großen der eines quälenden Siechtums mit zwar stetigem, aber langsamem Kräfteverfall und ist unverändert ernst zu beurteilen.“

Wieder ein Verhewerungsfeld. Auf der Schachtanlage 1-3 der Zeche „Mont Genis“ in Herne (Westf.) ging ein Pfeiler zu Bruch. Der Steiger Paul Stahl und vier Bergleute wurden verkrüppelt. Die Rettungsarbeiten sind sofort aufgenommen worden, doch ist von den Verkrüppelten kein Lebenszeichen zu vernehmen. Es ist anzunehmen, daß alle tödlich verunglückt sind.

Mädchen unter Karnevalsverbot. In Mänchen haben trotz des Aufbahrungsverbotes die Kantanten, die Artisten und die Gastwirtschaften ihre vorgegebenen Feste abgehalten. Nur die Wiederholung des Festschlusses unterbleibt. Die Ballveranstalter erhalten Strafbefehle.

Warnungstafel vor Selbstmord! Die oberhalb Mänchens die Isar in hohem Bogen überbrückende Großhesseloher Brücke hat in zahlreichen Fällen Lebensmüde angelockt, sich von da herabzuwerfen. Dem Bauausschuß des Mänchener Stadtrates lag ein Antrag vor, deshalb Warnungstafeln vor Selbstmord an beiden Brückenenden anzubringen, eine Anregung, die der Bauausschuß ablehnte, da sie seiner Überzeugung nach möglicherweise das Gegenteil bewirken würde.

In Reesid erkrankten nach dem Genuß von Pferdefleisch 50 Personen unter heftigen Krankheitserscheinungen. Es liegt Infektion durch Bazillen vor.

In der Angelegenheit der Erfurter Waffenschießungen wurde der Erfurter Polizeikommissar der Reichswehrangelegenheiten, Arthur Schelling, von der Kriminalpolizei verhaftet und dem Untersuchungsgefängnis zugeführt.

Der neue deutsche Riesendampfer Tirpitz ist im Hafen von Jemmingham abgeliefert worden.

Bei einer Verladung von Geschossen wurden in Maurepas (Dep. Somme) sieben Feuerwerker durch die Explosion eines Geschosses getötet.

Ein drückender Nebel, wie er seit langer Zeit nicht mehr dagewesen ist, lagert über der Stadt London. Der Verkehr ist fast unmöglich.

Legte Nachrichten.

Lloyd George schlägt härtere Töne an. Paris, 7. Febr. (TU). Die vorgelassen von Lloyd George in Birmingham gehaltenen Rede war ein Angriff gegen Deutschland. Lloyd George sagte u. a. aus, daß die ganze deutsche Nation den Krieg gewollt habe, daß die Deutschland auferlegten Lasten keineswegs übertrieben seien und Deutschland zahlen könne, wenn es nur wolle und nicht aufhöre, immerfort an den Krieg selbst zu denken. Diese Rede hat in Frankreich einen tiefen Eindruck gemacht und freundliche Ueberraschung hervorgerufen. Denn die Erwartungen selbst sind noch übertrieben. Man sagt, daß bei Lloyd George von 1918. Nur der Passus, in welchem Lloyd George erklärt, daß Deutschland auf der Londoner Konferenz Gegenanschläge machen könne, ruft hier immens einige Besorgnisse hervor. Im Ganzen vermischt die Rede Lloyd Georges den peinlichen Eindruck, welche die Rede Kinglids hervorgerufen, die dieser in Boloverdampton gehalten hat, in der er ausrief: Kann denn Deutschland zahlen?

Die Entente verlangt weitere Verringerung der österreichischen Wehrmacht.

Wien, 5. Febr. Die Entente verlangt eine weitere Verringerung der österreichischen Wehrmacht, die bekanntlich nur 30000 Mann stark ist, sowie verschiedene organisatorische Änderungen der Wehrverfassung.

Die Lage Desterreichs.

Zürich, 5. Febr. Der „Corriere della Sera“ meldet, daß die nach Wien abgezogene Cossiga-Rot, die das Verbot des Aufstiegs erneuert und die Wahlbestimmung darüber unterliegt, als 3000 Mann Maßnahmen die im Vertrag von St.

Germaun vorgegebenen militärischen Sicherungen und die Einstellung der finanziellen Hilfsaktion für Desterreich in Aussicht stellt.

Schiffsge.
Delsnig i. E. 57 Opfer hat die Grubenkatastrophe auf dem „Friedensschiff“ erfordert, indem jetzt noch der schwer verletzte Bergarbeiter Walther den Folgen seiner Wunden und der erlittenen Gasvergiftung erliegen ist.
Blauen i. B. Nach eingehenden Verhandlungen, die in der Amtshauptmannschaft zwischen Amtshauptmann Gschornher, Bezirkskommandant Dr. Spitzer und den Vertretern des Streiks gepflogen worden sind, ist der Streik für beendet erklärt worden. Gemäß der getroffenen Abmachungen sind sämtliche Schüler dem Unterricht wieder zugelassen worden. An Stelle von Lehrer Winkler, um dessen Person sich der Streik drehte, erstellt ein Vikar Unterricht. Außerdem ist in Pöhl noch ein Hilfslehrer tätig.

Landw. Hausfrauenverein.
Mittwoch den 9. d. M.
Monatsversammlung
nachmittags 5 Uhr im „Bahnhof“. Vortrag von Fr. Pfeiffer-Dresden: „Wie stellen wir uns zur Mädchenfortbildungsschule?“

Natürliche Schutzkräfte der Gesundheit
sind die elektro-galvanischen Ströme, die durch den Wohlmut'schen Apparat fließen.
Gewaco
dem kranken Körper wohltuend beizubringen sind. Krankheiten des Nervensystems, Magen-, Darm-Entzündungen, sowie Muskelkrankheiten, Rheumatismus, Migräne, Gicht, Wundungen werden durch diese Methode erfolgreich behandelt. Heute noch müssen Sie kostlose Druckschriften verlangen oder sich einer Probebehandlung unterziehen bei dem Generalvertreter von G. Wohlmut & Co., A.-G., Dresden. Generalvertreter: Richard Griebel, Niederfrauenhof bei Dippoldswalde.

Zur Fastnacht
Palmin
14,50 Mark, empfiehlt
Johannes Semmann,
Ad Grahs Nachfolger.

Mädchen
für die Landwirtschaft in
gute Stelle gesucht.
Näheres zu erfahren bei
H. Jönsson, Reinholdshain.

Dr. Buslebs Ideal-
Hedwasser entfernt im Nu jeden
Bleed. Zu haben Drogerie zum
Gesanten, Lommahsch; Drogerie
Herrmann, Schmiedeburg.

Kraft. Ostorjunge
findet in Landwirtschaft Unter-
kommen. Wo, sagt die Ge-
schäftsstelle.

Metallbetten
Stahlrohrmatr., Kinderbetten,
Polster an jederm. Katalog frei.
Eisenmöbelfabrik Gupf i. Thür.
Seit 1910 bis 1919
an Asthma

und chronischen Bronchialkatarrh
leidend hatte ich mehrere Wäber
besucht, pneumatische Kammern
und Inhalationsapparate ohne
wesentlichen Erfolg gebraucht.
Nun habe ich selbst ein Vor-
beugungsmittel gefunden, das
mir sofort geholfen hat. Darum
gebe ich jedem Leidensgefährten,
der sich gegen Einleitung eines
frankieren, mit deutlicher Adresse
verfeh. Briefumschlages an mich
wendet, ei. Probe mehr. Mittels
unentgeltl., damit er sich selbst von
d. Erfolg überzeugen kann. Das
Mittel w. i. d. Berliner Apotheke
angefertigt. H. Breitkreuz, Ber-
lin, S. O. 23, Staliger Str. 54, I.

Militärmantel,
neu, zu verkaufen
Dresdner Straße 147, I.

6jährige Fuchshute,
fl. Belg. geb., selten schön,
fehlerfrei, zu verkaufen oder
passendes Pferd dazu gesucht.
Alberndorf Nr. 27.

Anhalter Breßdorf
Ia. dunkle holzkrafftige
Qualität
(keine geringwertige Ware)
empfiehlt
F. Lohse, Kohlenhandlung.

**Täglich Fleisch
und Wurst.**
Kochschlächterei
P. Lieber.

Hausmädchen
für 1. März sucht
Holfert,
Kolonialwarenhandlung,
Ripsdorf.

**Junges Hausmädchen
evtl. Oftermädchen**
welches zu Hause schlafen kann,
wird sofort gesucht. Ehrlichkeit
und Sauberkeit ist Bedingung.
Zu erfragen in der Geschäfts-
stelle.

**Jede
Uhr**
wird gut und
billig repariert
bei Otto
Rudolph,
Hermacher, Reinhardtgrünna.

**Suche
Landauer,
Haldhansen
und andere
Aufschwager**
zu kaufen. Angebote unter „H. 2.
40“ an die Geschäftsst. erbeten.

Leinöl
in bekannter vorzüglicher Qualität
ganz bedeutend billiger,
Schuhcreme
in bester Qualität, Marke Gladus,
Obstweine, Schaumweine
aus der Freiherr v. Friesen'schen
Obstweinkelerei Nötha,
Terpentin-Seifenpulver
10% Fettgehalt,
Wach- und Pohnseifen
empfiehlt
Gertrud Hach,
Markt 28.

Heirats-Gesuch:
Gutsbesizersohn,
tätiger Landwirt, 30 Jahre alt,
sehr fleißig, sehr guten Charakter,
häßliches Vermögen,
sucht Bekanntschaft mit
einer Gutsbesizersochter
oder einer jungen Witwe mit
Kind (sogar sehr angenehm), wohnt
in ein mittleres Gut oder Wirt-
schaft einzueheaten. Off. unter
„H. 2.“ an die Geschäftsstelle.

Leeres Zimmer
zu mieten gesucht. Off. erb.
unter „H. 2.“ an die Geschäftsstelle.
**Preiselbeeren,
Marmelade**
mit Zucker empfiehlt
Paul Hofmann, Markt.

Kaulen Sie

Dixin

von Henkel

bestes
Seifenpulver

Preis Mk. 2.25 das Paket

Alleinige Fabrikanten:
Henkel & Cie., Düsseldorf.

Möbel

fabrik Max Trips

Inhaber: Albin Wauer
Dresden-N., Königsbrücker Str. 56

Ausstellung von ca. 250 Musterzimmern in jeder Preislage und für jeden Geschmack.



T.-V. „Jahn“.
Unser Verein ertheilt Einladung zu dem am Mittwoch stattfindenden Jugendring-Abend und zu dem am Sonnabend stattfindenden Propaganda-Abend für Oberschlesien. Die Mitglieder und Jungmänner werden gebeten, dieser Einladung Folge zu leisten. Die Hauptversammlung ist auf Sonnabend den 19. Februar verschoben. D. T.

Gasthof zur „Frankenmühle“ Ulberndorf
Dienstag den 8. Februar
großer Fastnachts-Ball
verbunden mit Rotillon und Pfannkuchen-Polonaise

Anfang 6 Uhr. Hierzu ladet ergebenst ein im festlich geschmückten Saal Guido Spig.

Der große **Inventur-Ausverkauf**
zu ganz erheblich ermäßigten Preisen dauert fort und bietet gewaltige **Vorteile f. jedermann**
Der rege Besuch ist der beste Beweis dafür
Besonders zu empfehlen:

| | |
|-----------------------|--------------------|
| Damen-Mäntel | Hemden-Barchente |
| Kinder-Mäntel | Bettbezugstoffe |
| Blusen, Röcke | Handtücher |
| Kleider- und Kostüme | Hemden, Hosen |
| Voils- u. Waschstoffe | Strümpfe, Socken |
| Konfirmationsanzüge | Kinder-Anzüge usw. |

Otto Bester

Krankenversicherungsverein „Eintracht“
(Zuschussklasse)
für Seifersdorf und Umgegend.
Sonntag den 6. März 1921 nachmittags 3 Uhr
Generalversammlung
in Doppelts Bahnrestaurant.

Tagesordnung:
Ablegung der Jahresrechnung 1920.
Ergänzungswahl des Vorstandes.
Anträge § 26, Punkt 5.
Sonstige Anwesenheitsangelegenheiten.

Um recht zahlreiche Beteiligung der Mitglieder bittet der Vorstand.
Neue Mitglieder können aufgenommen werden.

Gasthof Schmiedeberg
Dienstag den 8. Februar
seiner **Fastnachts-Ball**
mit Rotillon.

(Fortritt = Fastnacht)
Stimmungsvolle Musik.
Hierzu ladet freundlich ein W. verw. Schent.

Gasthof Berreuth.
Dienstag den 8. Februar
altbekannter
Fastnachtsrummel
mit feinem Festball und Rotillon.
ff. Kaffee mit Pfannkuchen.

Hierzu ladet freundlich ein Bruno Pöschel und Frau.

Erbgericht Reinhardtsgrμμα
Dienstag zur Fastnacht
Tanzmusik,
verbunden mit Beatusstücken.
Hierzu ladet ergebenst ein Karl Jitche und Frau.

Schützenhaus Dippoldiswalde.
Morgen Dienstag!
größter Fastnachtsbetrieb.
Herrlichste Dekoration
daher urfidelle Stimmung!
Anfang 1/25 Uhr.

Es ladet freundl. ein Alfred Bömer.

Gasthof Oberhäslich.
Fastnacht-Dienstag
Ballmusik mit Rotillon-Polonaise.

Gasthof Obercarsdorf.
Heute Dienstag
großer Fastnachts-Ball.
Schneidige Musik.
Es ladet freundlich ein W. Voelkel.

Jägerhaus Naundorf.
Fastnacht-Dienstag
große
Fastnachtsfeier
Sämtliche Lokaltäten nach künstlerischem Entwurf in möglichster Stimmung versehen, machen jedem Besucher den Aufenthalt reizvoll.
Küche und Keller in bekannter Güte.
Es ladet freundl. ein Hermann Schleppe u. Frau.

Gasthof Niederpöbel.
Morgen zur Fastnacht
großer Fastnacht-Rummel
mit Überraschungen.
Erstklassige Musik.
Alt und Jung werden herzlich eingeladen.

Walter Rathjahn und Frau.

Gasthof Oberfrauendorf
Dienstag
pompöser
Fastnachtsball
mit verschiedenen Überraschungen.
Hierzu ladet freundl. ein A. Hemming und Frau.

Gasthof Naundorf
Fastnacht
großer Faschings-Ball
mit Überraschungen.
Es ladet ergebenst ein Paul Wächter und Frau.

Niederer Gasthof Reichstädt.
Dienstag
Fastnachtsball

Hierzu ladet ergebenst ein Ernst Schuster.

Gasthof zur Talsperre Malter.
Dienstag zur Fastnacht
großer
Faschingsball
(Maskenballerjak)
Hochstehender Betrieb.
Fahrgelegenheit mit Geschirr nach allen Richtungen!
Hierzu ladet freundlich ein Arthur Schmeider und Frau.

Gasthof „goldner Hirsch“, Reinhardtsgrmma.
Dienstag zur Fastnacht
Ballmusik,
wozu ergebenst einladen Bogler und Frau.

Oberer Gasthof Reichstädt.
Dienstag zur Fastnacht
großer Lumpenball!
Der größte Lump erhält eine Prämie!
Es ladet ergebenst ein H. Preßlich.

Erbgericht Höckendorf.
Größtes Tanz-Etablissement.
Morgen Dienstag
großer
Fastnachts-Rummel
mit Ballmusik.

Nach langem schwerem Leiden nahm uns der unerwartliche Tod heute nachmittags 1/25 Uhr unsere einzige innigstgeliebte Tochter, Schwester und Schwägerin
Marie Petermann
im blühenden Alter von 21 Jahren. Es Die tiefgebeugten Eltern wohnt Bruder und Schwägerin Schmiedeberg, den 6. Februar 1921.
Die Beerdigung findet Donnerstag nachmittags um 2 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Gasthof Sadisdorf.
Am Fastnachts-Dienstag
feine Tanzmusik.
Wozu freundlichst einladet Willy Schmidt.

Jugendverein „Einigkeit“ Beerwalde.
Heute Dienstag
großes öffentl. Fastnachtsbergungeln
Anfang 4 Uhr Alle Gönner und Freunde des Vereins ladet freundlichst ein der Vorstand.

2
Tag
Be
20
Ge
Nr.
Unt
Gutsbe
Oberfr
Max Sch
der Guts
besitzer
leuchte au
Es
die übrig
Wet
Röbler
in Höck
Entlein
Die
Für
der Bun
handlung
Erl
Wendich
Dip
Die
die Enter
zwingen
Die 226
Gesamts
Papierma
regelt.
kommen
Eingling
Berthold
100 000
e ne mit
Mitglied
raden 11
4 Köpfe
summe u
dwalbe
wurden
beläust
auf, liebe
Dip
betrag de
12 897 10
— 3
gesammel
hat in d
Dippoldis
feld 13.—
10.41, B
Dobra
Fürstenan
mannsdo
Bernsdo
nanner
200.—
Della 25
berg 15
Ruppens
Lärenbu
Seifersdo
— 8
des Herr
polit her
werdever
bundes, d
die gemei
zu berate
zwischen
Rotwend
Es wurd
einen 10
Zuzi we
art biete
Nieder d
bringen.
die Haus
pende v
— 8
Mitwoch